

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 19. Ratssitzung vom 31. Oktober 2018

509. 2018/278 **Dringliche Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 11.07.2018: Einführung einer städtischen Identitätskarte für alle Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner (Züri City Card)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Ezgi Akyol (AL) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 231/2018): Auch die Bevölkerung will, dass wir im Stadtparlament über einen Stadtausweis für alle sprechen. Der Verein Züri City Card übergab heute unserer Stadtpräsidentin 8407 Unterschriften für die Petition «Eine Stadt - ein Ausweis für alle». Der Zürcher Stadtausweis soll allen Stadtbewohnerinnen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltstitel ausgestellt werden. Wir wollen einen Ausweis, der allen Bewohnerinnen von Zürich zeigt, dass sie unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu unserer Stadt gehören. Für tausende Menschen ist Zürich ein sehr prekäres Zuhause. Schätzungsweise leben hier über 14 000 Sans-Papiers: Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus. Sie leben und arbeiten hier oft während vielen Jahren unauffällig, angepasst und ohne dem Staat zur Last zu fallen. Gemäss einer Studie gehen neun von zehn erwachsenen Sans-Papiers einer Arbeit nach. Menschenrechte sind nicht an den Aufenthaltsstatus gebunden, sie gelten für alle. Sans-Papiers können aber oft ihre grundlegenden Rechte nicht wahrnehmen, weil sie häufig mit dem Risiko einer Verhaftung und einer Ausschaffung verbunden sind. Der Stadtrat gab im letzten Jahr ein Gutachten zum Justizzugang von Sans-Papiers in Auftrag. Darin wird festgehalten, dass die Sans-Papiers auch bei der Verletzung von zentralsten Menschenrechten ohne rechtlichen Schutz bleiben – sei dies bei Gewalt, bei sexuellem Missbrauch oder bei Ausbeutung. Laut dem Gutachten hat das Folgen für den Rechtsstaat. Wenn selbst schwere Rechtsverletzungen nicht geahndet werden, entstehen rechtsfreie Räume. Sans-Papiers leben im Schatten unserer Gesellschaft, obwohl jede dreissigste Person in der Stadt illegalisiert ist. Sie sind Teil unserer Gesellschaft, begegnen uns täglich und sind trotzdem ausgeschlossen. Wir wollen eine andere Stadt; eine Stadt, die allen Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zum Recht und zum politischen, sozialen und kulturellen Leben ermöglicht. Die Inhaberin einer Züri City Card sollte sich damit als Bürgerin der Stadt Zürich ausweisen können. Der Aufenthaltsstatus und die Nationalität einer Person sollen nicht auf dem Stadtausweis vermerkt werden. Gegenüber Behörden und idealerweise auch Privaten soll der Stadtausweis als Identitätsnachweis dienen. Es soll aber kein Ausweis für Illegalisierte sondern für alle sein. Ausserdem soll die Karte vergünstigten Zugang zu Kulturinstitutionen, Sportangeboten, Bibliotheken und Weiterem ermöglichen und damit für alle Stadtbewohnerinnen attraktiv sein. Natürlich sind genaue Regelungen notwendig und es muss geklärt werden, wer Anrecht auf eine solche Karte hat und wer nicht. Der

Zürcher Wohnsitz könnte unter anderem mit Gas-, Wasser- und Stromrechnungen belegt werden oder etwa mit einem Schreiben einer Obdachlosenunterkunft. Für die Identifikation sollen Schweizer- und ausländische Pässe, aber auch Führerinnenscheine, Geburtsurkunden usw. akzeptiert werden. Sans-Papiers haben nicht keinen Ausweis: Sie haben nicht den richtigen Ausweis. Das erwähnte Gutachten hält deutlich fest, dass die Polizei erst dann verpflichtet ist, den Aufenthaltsstatus zu überprüfen, wenn ein Anfangsverdacht auf einen rechtswidrigen Aufenthalt vorliegt. Solange der Verdacht nicht gegeben ist, muss die Polizei die Identität einer Person auf eine Weise feststellen, die den Aufenthaltsstatus nicht offenlegt. Es gibt also gewisse Handlungs- und Ermessungsspielräume. Das Gutachten hält fest, dass das Vorzeigen eines Stadtausweises nicht einen Anfangsverdacht auf einen rechtswidrigen Aufenthalt begründet und damit keine Ermittlungspflicht auslöst. Ausserdem stellt es fest, dass die Behörden nicht verpflichtet sind, die Überprüfung einer Identität auf eine festgelegte Art vorzunehmen. Das Vorzeigen eines Stadtausweises könnte laut dem Gutachten zur Überprüfung einer Identität genügen. Heute bereits wird das Recht auf Schulbildung und das Recht auf medizinische Grundversorgung gegenüber aufenthaltsrechtlichen Regelungen priorisiert. Diese Interessensabwägung wird gemäss dem Gutachten auch im Bereich der Sozialversicherungen und der Steuern gemacht. Diese Priorisierung muss ausserdem auch in anderen Bereichen vorgenommen werden. Die Umsetzung der Züri City Card ist keine Frage der rechtlichen Machbarkeit, sondern eine Frage des politischen Willens. Gewisse Dorfgemeinden in der Schweiz kennen das Prinzip eines Einwohnerinnenpasses. Die Stadt kann Wohnsitzbestätigungen ausstellen – warum sollte sie also keinen Identitätsnachweis für ihre Bürgerinnen ausstellen dürfen. Die Verwirklichung eines Stadtausweises sehen wir am Beispiel von New York City. Anfang des Jahres 2015 führte die Stadt die ID NYC ein. Alle in New York lebenden Menschen können seither kostenlos und unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus einen städtischen Ausweis beantragen. Als europäisches Beispiel ist Palermo zu nennen. Der Bürgermeister Leoluca Orlando kämpft dafür, dass Bürgerinnenrechte nicht mehr an Nationalität gebunden sind, sondern an den Wohnort. Orlando erklärte, dass alle Menschen, die nach Palermo kommen, Bürgerinnen von Palermo seien. Die Exekutive in Bern erklärte, dass sie allen Menschen in Bern ungeachtet ihrer Herkunft den Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen ermöglichen und dass sie einen Stadtausweis für alle einführen möchte. All diese Städte machen mutig von ihrer Gemeindeautonomie Gebrauch. In der Schweiz stiessen die Städte schon immer Veränderungen voran und machten mutige Schritte in unbekanntes Gebiet, beispielsweise im Bereich der Alters-, Drogen- oder Wohnbaupolitik. In jüngster Vergangenheit verzichtete die Stadt mehrmals ohne Not auf ihre Kompetenzen, sei es beim Rosengartentunnel oder bei der Hochschulplanung. Der vorausseilende Gehorsam steht der selbstbewussten Stadt Zürich nicht. Mit der Züri City Card fordern wir eine pragmatische Lösung – keine Utopie. Eine Regulierung aller Illegalisierten entspräche einer Utopie, was ich weiterhin fordern werde. Der Kanton verdeutlichte leider, dass diesbezüglich momentan kaum Möglichkeiten bestehen. Heute fordern wir von der Stadtregerung nur ein wenig Mut und Risikobereitschaft, nicht aber Tollkühnheit. In seinem Positionspapier zu den Sans-Papiers hält der Stadtrat fest, dass sie in Zürich eine Realität sind und dass er sie als Teil der Gesellschaft mit entsprechenden Rechten und Pflichten anerkennt. Erst mit einer Züri City Card können sich alle Bewohnerinnen von Zürich als Bürgerinnen der Stadt ausweisen und wären somit offiziell und nachweislich

Teil unserer Gesellschaft.

Weitere Wortmeldungen:

Luca Maggi (Grüne): Die Diskussion um eine Züri City Card ist für das Zusammenleben in der Stadt zentral. Die Einführung einer solchen Stadt-ID wäre nicht nur ein Zeichen, sondern eine konkrete Handlung für eine offene und solidarische Stadt. Sie würde das Gemeinschaftsgefühl stärken und alle Bewohnerinnen und Bewohner zu einem echten Teil von Zürich machen. Als Stadtausweis schafft die Züri City Card ein Stück Gleichberechtigung. Unabhängig vom Aufenthaltsstatus soll sie allen Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohnern einen rechtsgleichen Zugang zu staatlichen und privaten Dienstleistungen ermöglichen. Alle Menschen und vor allem Sans-Papiers bekommen damit die Chance, sich als Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner gegenüber Behörden auszuweisen und den Zugang zu den Leistungen und den städtischen Institutionen zu bekommen. Weil die Züri City Card gerade auch den Zugang zu kulturellen Institutionen ermöglicht, profitieren wir alle. Der Stadtrat verweist in seiner Stellungnahme zur Motion auf ein Rechtsgutachten, das er zum Justizzugang von Sans-Papiers erstellen liess. Natürlich kommt das Gutachten zum Schluss, dass ein städtischer Ausweis mit dem übergeordneten Recht des Kantons und des Bundes vereinbar sein muss. Auch darf er den Vollzug des Ausländerrechts nicht verunmöglichen. Das stellt kein Problem dar. Das Gutachten kommt auch zum Schluss, dass keine Verpflichtung für eine bestimmte Art der Identitätsüberprüfung vorgegeben ist und dass in einem Verfahren nur die Informationen erhoben werden, die für das jeweilige Verfahren notwendig sind. In Bezug auf die Identitätsüberprüfung bedeutet das, dass das Vorweisen einer Züri City Card ausreicht. Eine städtische Behörde müsste also bei der Ausstellung einer Züri City Card den Aufenthaltsstatus nicht prüfen, weil er für die Ausstellung kein relevantes Kriterium darstellt. Darum besteht auch keine Anzeige- oder Meldepflicht. Auf der Strasse in einer Kontrollsituation muss die Polizei bereits heute auf die Erhebung des Aufenthaltsstatus verzichten, wenn er für den Zweck der Kontrolle nicht erforderlich ist. Der Aufenthaltsstatus darf nur bei einem Anfangsverdacht auf einen illegalen Aufenthalt überprüft werden. Das bloss auf der Strasse sein, das äussere Erscheinungsbild, die Hautfarbe, Ethnie oder Religion dürfen keinen Generalverdacht auf einen illegalen Aufenthalt auslösen. Auch der Stadtausweis würde keinen Anfangsverdacht auf einen rechtswidrigen Aufenthalt begründen, weil es sich um einen vom Aufenthaltsstatus unabhängigen Ausweis handelt. Damit besteht auch für die Polizei keine Ermittlungs- oder Anzeigepflicht. Die Kriterien für solche Verdachte könnte die Stadt hingegen mit der Schaffung der Züri City Card in Weisungen oder Richtlinien festhalten und damit eine weitere Rechtsklarheit schaffen. Für all das muss die Züri City Card gesetzlich verankert werden und darf nicht mit dem übergeordneten Recht in Widerspruch stehen. Für den Stadtrat reicht das Gutachten nicht; er will die Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht nochmals klären lassen. Wir sind der Meinung, dass die Stadt über einen grossen Handlungsspielraum verfügt, den es zu nutzen gilt. Es ist nicht ersichtlich, warum die Stadt gestützt auf ihre Gemeindeautonomie keine städtische ID einführen soll. Die Motion bietet die Chance, mutig voranzugehen und für Zürich eine soziale und gemeinschaftliche Identität zu schaffen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat beschäftigte sich in den letzten Monaten intensiv mit dem Thema Sans-Papiers. Er diskutierte an mehreren Sitzungen die Erkenntnisse der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe und des angesprochenen Rechtsgutachtens und erarbeitete eine Positionierung, die er am 12. September 2018 öffentlich vorstellte. Er anerkennt die Menschen, die hier leben und die falschen Papiere besitzen, als Realität und als Teil der Bevölkerung. Er will Verantwortung übernehmen und leitete Massnahmen ein, um im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Beiträge zur Verbesserung der Situation von Sans-Papiers leisten zu können. Diese Massnahmen werden zurzeit eingeleitet und umgesetzt. Im Rahmen seiner Diskussion zu den Sans-Papiers besprach der Stadtrat die Frage einer Züri City Card und der «Urban Citizenship». Die vorhandenen Informationen führten dazu, dass wir bezüglich der hohen Erwartungen an die Züri City Card skeptisch sind. Das erste Rechtsgutachten sagt aus, dass es die Frage der Übereinstimmung mit dem übergeordneten Recht nicht prüfte und dass das in einem separaten Gutachten getan werden muss. Dieses wollen wir nun in Auftrag geben, da wir bezüglich unserer Skepsis mehr Sicherheit gewinnen wollen. Insbesondere fragen wir uns, ob die Hoffnung auf einen ausländerrechtlichen Schutz tatsächlich ermöglicht wird oder ob umgekehrt und fatalerweise sich die Menschen mit einer solchen Karte in einer falschen Sicherheit wiegen würden. Die Kantonspolizei etwa steht nicht unter unserem Einfluss. Wenn sich jemand bei einer Kontrolle der Kantonspolizei mit einer Züri City Card ausweist, kann das zu Problemen führen, weil die Karte von ihr nicht anerkannt wird. Es kann argumentiert werden, dass der ausländerrechtliche Status nicht erhoben werden muss. Doch das Beschreiten des Rechtswegs hilft der kontrollierten Person oder ihrer Familie nicht, nachdem ein illegaler Aufenthaltsstatus festgestellt wurde. Solche Situationen will der Stadtrat vermeiden und darum will er das zweite Rechtsgutachten in Auftrag geben. Ohne die notwendige Sorgfalt wäre das Vorhaben als Tollkühnheit zu bezeichnen und wäre nicht im Interesse der betroffenen Menschen. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Situation der Sans-Papiers in verschiedener Hinsicht problematisch und teilweise sehr problematisch ist. Sie leben im Verborgenen, können ihre Rechte theoretisch wahrnehmen, faktisch aber fehlen oft die genauen Informationen über ihren Spielraum oder sie nehmen aus Angst ihre Rechte nicht wahr. Diese Realität muss berücksichtigt werden, um besser zu gewährleisten, dass diese Menschen ihre Grund- und Menschenrechte wahrnehmen können. Wir wollen im Rahmen unserer Möglichkeiten und im Rahmen des geltenden Rechts unserer Spielräume identifizieren und ausschöpfen. Unser Handlungsspielraum ist eingeschränkt. Der Stadtrat wünscht sich, dass Sans-Papiers mit Regularisierungsaktionen reguliert werden. So würde das Problem tatsächlich angegangen werden. Es handelt sich hierbei aber um die Kompetenz des Bundes. Verschiedene entsprechende Vorstösse wurden im Bundesparlament abgelehnt. Auch im Einklang mit der übergeordneten Gesetzgebung führte der Kanton Genf im Sinne eines Pilotversuchs die Operation Papyrus durch, mit der nach deutlichen und streng definierten Kriterien über die Härtefallregelung Menschen reguliert werden konnten. Das wurde durch die Absprache des Kantons Genf mit der Bundesbehörde ermöglicht. Wir wurden beim Kanton vorstellig und ersuchten ihn, etwas Ähnliches wie in Genf zu prüfen. Die Antwort des Kantons war knapp und abschlägig. Aus unserer Sicht ist nicht geklärt, ob eine allfällige Züri City Card eine gute Lösung darstellt, die*

auch in der Praxis realisierbar ist. Darum lehnen wir den Vorstoss als Motion ab. Wir sind aber der Meinung, dass das Anliegen notwendig und dringend ist und dass wir unseren Handlungsspielraum nutzen wollen, um die Situation der Sans-Papiers zu verbessern. Dafür braucht es aber eine sorgfältige Prüfung. Das geltende Recht darf nicht beiseitegelegt werden, indem argumentiert wird, dass es alleine eine Sache des Mutes ist. Der Stadtrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Das erlaubt die zusätzlichen rechtlichen Abklärungen bezüglich des übergeordneten Rechts und darüber, wie, in welcher Form und unter welchen Bedingungen eine Einführung des städtischen Identitätsausweises einen Beitrag zur Stärkung einer «Urban Citizenship» und zur Verbesserung der Situation der Sans-Papiers leisten kann. Der Vergleich mit amerikanischen Städten funktioniert nicht, weil die amerikanischen City Cards mit dem Konzept der Sanctuary Cities verknüpft sind. Das funktioniert in den Vereinigten Staaten, weil ein Staat sich weigern kann, mit den nationalen Migrationsbehörden zusammenzuarbeiten: Es ist rechtsstaatlich möglich, die Informationen nicht an die nationale Behörde weiterzuleiten und die Zusammenarbeit zu verweigern. In unserem System ist das hingegen nicht möglich. Wir müssen übergeordnetes Recht und auch das Ausländerrecht vollziehen. Wir werden unseren Spielraum überzeugt ausschöpfen. Dafür müssen wir ihn aber genau kennen, da sonst die Sicherheit dieser Menschen zusätzlich aufs Spiel gesetzt wird.

Marco Geissbühler (SP) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln: Die SP will eine Stadt, in der sich alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft ohne Angst auf der Strasse bewegen können. Wir wollen ein Zürich, in dem die Justiz und die Polizei alle Menschen gleichermaßen schützt. Alle sollen die gleichen Rechte, Chancen und Möglichkeiten erhalten und frei und würdig leben können. Sans-Papiers haben diese Chance heute nicht. Sie leben in Angst, dürfen nicht auffallen und nicht ins Visier der Polizei geraten. Erleben sie Ausbeutung in ihrem Berufsleben, können sie sich nicht wehren. Werden sie Opfer eines Verbrechens, können sie das nicht anzeigen. Sie riskieren stets, entdeckt zu werden und ihre Existenz zu verlieren. 14 000 Sans-Papiers leben in der Stadt. Ihre Grund- und Menschenrechte werden ihnen verweigert. Das darf nicht sein. Es liegt in unserer Verantwortung, die Rechte von allen Menschen zu schützen. Darum reichte die SP-Fraktion diese Motion mit ein. Mit der Züri City Card erreichen wir eine gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen der Stadt. Dank einem städtischen Ausweis können sich alle Menschen ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen und mit Arbeitsstellen in Kontakt treten, um ihre Rechte einzufordern, wo sie verletzt werden. Wir begrüßen, dass der Stadtrat den Handlungsbedarf anerkennt und die Situation der Sans-Papiers verbessern möchte. Die geplanten Massnahmen, die der Stadtrat umsetzen möchte, unterstützen wir. Gleichzeitig wollen wir an unserer Motion festhalten. Wir verstehen, dass der Stadtrat in seiner Rolle nicht von sich aus ein Projekt wie die Züri City Card forcieren kann. Eine solche Einführung kann nicht ein ausschliesslicher Verwaltungsakt sein. Auf politischem Weg müssen wir offen und selbstbewusst die gleichen Rechte für alle Menschen einfordern. Heute zeigten über 8400 Menschen mit dem Einreichen der Petition für einen Ausweis für alle ihren Willen und setzten ein deutliches Zeichen. Heute setzen wir im Rat das nächste Zeichen. Wir unterstützen den Stadtrat, damit er den rechtlichen Spielraum nutzen und einen Stadtausweis so einführen kann, dass er funktioniert. Eine sorgfältige

Abklärung ist wichtig. Zum Glück macht das vorliegende Gutachten Mut bezüglich des Gelingens der Einführung der Züri City Card. Es attestiert dem Stadtrat einen sehr weit gehenden Ermessensspielraum. Wir sind zuversichtlich, dass er diesen auch nutzt und dass wir eine Züri City Card einführen können, die den Anspruch einer Stadt für alle einlöst.

Susanne Brunner (SVP): *Ein Sans-Papiers ist eine Person, die keinen geregelten Aufenthaltsstatus hat und die sich ausserhalb des Ausländergesetzes illegal hier aufhält. Das können abgewiesene Asylbewerber oder illegal zugewanderte Personen sein. Ihnen gemeinsam ist, dass sie die Regeln und Gesetze in unserem Land verletzen und nicht befolgen, wie wir es als Bürgerinnen und Bürger täglich tun. Der Stadtrat lehnt die Motion richtigerweise ab. Denn wie bereits ausgeführt fehlt eine gesetzliche Grundlage, um einen solchen Ausweis Personen auszustellen, die sich ausserhalb der ausländerrechtlichen Regeln bei uns aufhalten. Die Behörden müssen sich an die gesetzlichen Grundlagen halten. Sie können nicht die in der Motion geforderte «Wie es mir gefällt»-Welt zusammenstellen. In einem Rechtsstaat müssen die geltenden Regeln eingehalten werden. Die Sans-Papiers seien Realität und Teil der Bevölkerung. Wieso sind diese Personen illegal hier und wieso halten sie sich nicht an die Regeln? Es ist die Pflicht dieser Menschen, sich zu regularisieren. Ein abgewiesener Asylbewerber muss das Land verlassen und illegale Zuwanderer können den Asylweg beschreiten. Als Rechtsstaat fordern wir von den Bürgern Gesetzestreue. Wir sollten Sans-Papiers, die sich nicht mit unseren Gesetzen und Regeln befinden, nicht befördern. Das erste Rechtsgutachten befand, dass die gesetzlichen Grundlagen für ein Stadtausweis für illegal anwesende Personen nicht vorhanden sind. Es ist erschreckend, dass der Stadtrat nun ein zweites Rechtsgutachten in Auftrag geben und Mittel und Wege finden will, wie die Züri City Card trotzdem ausgestellt werden kann. Wir müssen den Rechtsstaat hochhalten. Denn wie können wir von den Bürgern Gesetzestreue einfordern, wenn gleichzeitig illegales Verhalten belohnt wird? Ein nachhaltiges Vertrauen in den Rechtsstaat wird damit nicht gefördert.*

Isabel Garcia (GLP): *Wir stimmen mit dem Stadtrat überein und lehnen die Motion ab, stimmen aber einem Postulat zu. Wir müssen der Realität Rechnung tragen: In der Schweiz hat eine Gemeinde über ausländerrechtliche Themen keine Bestimmungshoheit – daran muss sich auch die grösste Gemeinde der Schweiz halten. Man muss bedenken, mit welchen Erwartungen das Themen verbunden wird. Es geht um Menschen, die sich in sehr prekären Lebensverhältnissen befinden und die sich im Alltag grossen Problemen und Herausforderungen stellen müssen. Sie stellen sich dem teilweise sehr gut, die meisten Sans-Papiers sind wirtschaftlich unabhängig und sorgen für ihren Lebensunterhalt. In der verletzlichen und schwierigen Situation der Sans-Papiers, dürfen bei ihnen nicht falsche Erwartungen heraufbeschwört werden. Oft handelt es sich um Personen, die nicht alle Details der schweizerischen Rechtsprechung und des politischen Systems oder die Formalitäten und Verfahren kennen. Darum muss der Staat sensibel, korrekt und transparent vorgehen. Die Beispiele aus dem Ausland sind hervorragend, in der Schweiz aber wegen des unterschiedlichen Rechtssystems nicht anwendbar. Wir stimmen dem Postulat zu, da eine wesentliche Bevölkerungsgruppe in der Stadt betroffen ist. Wir sollten diese Schicksale also nicht als Einzelfälle übersehen,*

sondern uns darum kümmern. Wir unterstützen die Idee, die mit der Überweisung als Postulat verbunden ist: Die Stadt soll sich mit ihrer Rolle als Gemeinde im politischen Gefüge der Schweiz auseinandersetzen und die Situation für Sans-Papiers verbessern. Das dabei zu verwendende Instrument ist die im Ausländergesetz vorgesehene Härtefallklausel. Wir hoffen, dass damit die Operation Papyrus auch im Kanton Zürich möglich sein wird.

Ernst Danner (EVP): Die Züri City Card ist eine Wunschkarte aus dem Reich der Illusionen und ein gefährliches Instrument. Mit ihr wird die Illusion eines quasilegalen Status kreiert. Auch besteht das praktische Problem, dass die Richtigkeit der Angaben auf dem Stadtausweis nicht gewährleistet werden können. Viele Sans-Papiers sind nicht sans papiers, sie haben ein Papier, sei es ein abgelaufener Aufenthaltstitel oder ein gültiger Pass. Die Sans-Papiers stellen ein sehr breites Spektrum von unterschiedlichsten Situationen dar. Die Stadt kann keine Ausländerpolitik betreiben, die von den Bundesgesetzen abweicht. Wir können uns nicht aus dem föderalistischen System mit seiner Rollenverteilung entlassen. Im Ausländerrecht sind Instrumente vorhanden, um den humanitären Anliegen Rechnung zu tragen, so etwa die erwähnte Härtefallbewilligung. Dabei handelt es sich nicht um die von der Härtefallkommission behandelten Fälle, sondern um diejenigen, die noch nie ein Bewilligungsverfahren durchliefen. Alle anderen Illegalen können über das Migrationsamt Härtefallbewilligungen beantragen. Es gibt aber auch Illegale, die keine Härtefälle sind. Solange wir das Ausländerrecht der Schweiz einhalten wollen, muss das durchgesetzt werden. Die Karte würde die Illusion kreieren, dass das Ausländerrecht nicht mehr eingehalten werden muss. Wir lehnen auch das Postulat ab, weil eine weitere Abklärung über die Vereinbarkeit mit dem übergeordneten Recht nicht notwendig ist: Bereits jetzt ist bekannt, dass die Züri City Card nicht mit dem übergeordneten Bundesrecht vereinbar ist.

Samuel Balsiger (SVP): Es braucht eine Auslegeordnung, weil die emotionalen Voten nicht in der Realität verwurzelt sind. Sans-Papiers sind grösstenteils Menschen aus Lateinamerika, die mit einem Touristenvisum einwanderten und nach dessen Ablauf in der Schweiz blieben. Sie nehmen zu tausenden unserer Bevölkerung günstigen Wohnraum weg, zahlen keine Steuern und nutzen aber die Infrastruktur, die wir uns als Gemeinschaft bereitstellen. Die Sans-Papiers betrügen unseren Rechtsstaat, unsere Steuergerechtigkeit und alles, wofür Sie auf dem Papier stehen. Sie stehen dafür ein, dass der Rechtsstaat und die Regeln eingehalten werden und dass sich die Menschen redlich verhalten. Stellen Sie sich vor, die Stadtpräsidentin würde eine Pressekonferenz darüber halten, wie die Verwaltung den Steuerbetrügerei in ihrer verletzlichen Situation helfen will und wie diese Steuerbetrügerei von Deutschland und den USA verfolgt werden. So, wie wir alle diese Situation einschätzen, betrachtet ein rational denkender Aussenstehender den Vorschlag der Züri City Card. Die Sans-Papiers missachten unseren Rechtsstaat, zahlen keine Steuern und nehmen Leistungen in Anspruch, die durch die Steuerzahlenden bezahlt werden. Im Grunde genommen betrügen sie unsere Werte. Sie sind nicht verletzlich oder arm. Sie wanderten als falsche Flüchtlinge mit Lügengeschichten oder als scheinbare Touristen in die Schweiz. Die Stadtpräsidentin gab an der Pressekonferenz einen Einblick: So wisse die Stadt nicht, was mit den jugendlichen Sans-Papiers geschehen wird, wenn sie die obligatorische Schule abschliessen. Sie

wollen also wissen, dass die Sans-Papiers in verletzlichen und prekären Situationen leben, dass sie von Gewalt betroffen sind, ausgebeutet werden und dass ihnen die Menschen- und Grundrechte weggenommen werden – aber sie wissen nicht, was mit ihnen nach dem Schulabschluss geschieht. In der Pressekonferenz wurde bestätigt, dass alle Informationen über die Sans-Papiers lediglich über Drittpersonen und Anlaufstellen eingeholt wurden. Mit diesen Lügengeschichten über die Sans-Papiers wird der Rechtsaat verachtet.

Urs Fehr (SVP): Die Haltung gegenüber den Sans-Papiers irritiert mich. Die SP sagt, unsere Stadt müsse ungeachtet des Status für alle da sein. Das bedeutet aber, dass alle abgewiesenen Asylanten in Zürich bleiben könnten, da sie alle hier willkommen sind. Mit diesem Vorsatz könnte das Asylwesen vollständig aufgelöst werden. Diese 14 000 sich illegal hier befindenden Menschen brauchen Strom, benutzen unsere Infrastruktur, belegen Wohnungen, beanspruchen den Grünraum – das ist nicht im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft. Wir müssen unsere Verantwortung für die legale Bevölkerung wahrnehmen. Die Dichte der Menschen nimmt zu. Mit den Illegalen wird diese Situation zugespitzt. Sie tragen nichts zur Gesellschaft bei, lügen und betrügen. Die Verantwortung für die steuerzahlende, arbeitende und sich regelkonform verhaltende Bevölkerung muss wahrgenommen werden. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss raus und wer sich kriminell verhält, muss bestraft werden.

Vera Ziswiler (SP): Yasmine Bourgeois (FDP) äusserte sich in einem Artikel im Zürberg einerseits zur Problematik der prekären Situation der Sans-Papiers in der Schweiz: «Von illegal anwesenden Personen profitiert in erster Linie die Schattenwirtschaft: Schwarzarbeitgeber, skrupellose Vermieter und andere Ausbeuter.» Damit benennt sie ein wichtiges Problem, das sich mit unserer Analyse deckt. Diese Menschen sind einer grossen und ungerechten Willkür ausgesetzt, obwohl sie einen hohen Grad an Erwerbstätigkeit aufweisen und in vielen Fällen ihre Existenz eigenfinanzieren. Häufig sind sie auch sehr gut in unsere Gesellschaft integriert. Für eine grosse Gruppe von Menschen, die seit Jahren und teilweise seit Jahrzehnten als Teil unter unserer Gesellschaft lebt, muss die Ungerechtigkeit bekämpft und eine pragmatische Lösung kreiert werden. Andererseits erwähnt Yasmine Bourgeois (FDP) im Artikel einen Grundsatz des Regierungsrats des Kantons Zürich: «Der Regierungsrat betont, dass die Menschenrechte gegenüber ‹Sans-Papiers› unabhängig von ihrem illegalen Aufenthaltsstatus gewahrt werden, so etwa im Bereich der Schulbildung oder der medizinischen Versorgung.» In der Theorie mag das zutreffen. Die Realität sieht aber anders aus. Die entscheidende Frage ist, wer diese Angebote in Anspruch nimmt: Wer traut sich beispielsweise zu einem Arzt oder in ein Spital, wenn ein solcher Besuch zu einer Ausweisung führen kann. Diese Problematik will unsere Motion lösen. Wir wollen den Grundsatz des Regierungsrats zur Alltagsrealität für unsere Mitmenschen machen, auch wenn diese Menschen momentan keine offiziell anerkannten Ausweispapiere besitzen. Mit der Motion beabsichtigen wir eine reale Verbesserung der Lebensumstände der Sans-Papiers und möchten aber auch dem Kanton und dem Bund ein deutliches Zeichen signalisieren. Dort ist nämlich der Spielraum für eine tragfähige Lösung erheblich grösser.

Yasmine Bourgeois (FDP): Der Regierungsrat definiert Sans-Papiers als «Personen, die entweder unkontrolliert oder mit falschen Papieren eingereist sind und nie ein Aufenthaltsrecht besessen haben, oder die nach einem ursprünglich rechtmässigen Aufenthalt rechtswidrig in der Schweiz verblieben sind (beispielsweise nach Ablauf des Visums, einer Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung oder einem rechtskräftig abgewiesenen Asylgesuch).» Es sind also Personen, die täglich willentlich gegen unser Ausländerrecht verstossen. Es handelt sich um ein Bundesrecht. Zürich muss geltendes Recht vollziehen. Die Motionäre verlangen, dass Unrecht toleriert und demokratisch beschlossene Gesetze ignoriert werden. Vielen Ausführungen des Stadtrats kann man beipflichten. Nur, dass die Sans-Papiers als Teil der Gesellschaft entsprechende Rechte und Pflichten haben, ist eine beschönigende Aussage. Sie haben Rechte. Aber die wesentlichen Bürgerpflichten können von Sans-Papiers nicht eingefordert werden: Sie bezahlen keine Steuern, keine Sozialversicherung und meistens auch keine Krankenkasse. Trotzdem ist die stadträtliche Forderung, dass auch Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung ihre zentralen Grund- und Menschenrechte wahrnehmen können, zu unterstützen. Wo diesbezüglich Handlungsbedarf vorhanden ist, soll gehandelt werden. Vieles wurde bereits geleistet, insbesondere im Bereich Gesundheit, Schul- und Berufsbildung. Die Forderung des Stadtrats, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung unter transparenten Bedingungen zu regularisieren, ist deutlich zu unterstützen. Die entsprechenden Grundlagen, Instanzen und Verfahren bestehen bereits: Das Ausländergesetz bietet die Möglichkeit, der ordentlichen Voraussetzung für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung vor allem bei persönlichen Härtefällen abzuweichen. Dafür muss ein Härtefallgesuch gestellt werden. Die Gesuchstellenden werden auch dann behandelt, wenn kein Ausweis-Papier beschaffen werden kann. Regularisieren bedeutet nicht zwingend, eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen. Wenn eine Härtefallprüfung zum Schluss kommt, dass die Voraussetzung für eine Aufenthaltsbewilligung nicht gegeben ist, bedeutet Regularisierung Ausweisung. Darum wird die Regularisierung von Sans-Papiers selten angestrebt. Entscheidende Kriterien für ein erfolgreiches Härtefallgesuch sind unter anderem der Integrationsgrad und die Aufenthaltsdauer. Mit diesem Vorstoss soll nun den Einwohnern ohne Aufenthaltsbewilligung ermöglicht werden, sich so lange vor dem Staat zu verstecken, bis sie gute Aussichten auf einen positiven Entscheid haben. Damit wären unsere ausländerrechtlichen Verfügungen und das Ausländerrecht überflüssig. Heute zahlen in der Regel alle die gleichen Beiträge für die Nutzung der kommunalen Infrastruktur. Ein anderes Modell wäre denkbar. Wer das aber fordert, muss damit rechnen, dass der Kanton den Zentrumslastenausgleich und Subventionen für verschiedenste Angebote streichen wird. Die Stadt profitiert heute vom Zentrumslastenausgleich in der Höhe von 400 Millionen Franken. Damit wird explizit auch die Erbringung für Leistungen Dritter abgegolten – auch im Kulturbereich. Der Vorschlag der Züri City Card für Einheimische ist nicht nur bürokratisch und protektionistisch, sondern auch unsolidarisch. Sie wollen solidarisch mit Menschen sein, die sich nicht an unsere demokratisch beschlossenen Gesetze halten, während Sie gleichzeitig unsolidarisch mit unseren Nachbarn und den Steuerzahlern umgehen wollen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Wir übernehmen die Verantwortung nicht nur für einen Teil der Bevölkerung, sondern für alle, die hier leben. Scheinbar wird schnell vergessen, dass es ein unendlicher Zufall ist, wo wir geboren werden. Darum gibt es ein

Menschenrecht zur Niederlassungsfreiheit. Es besteht die Freiheit, dort zu leben, wo man will und wo es ökonomisch möglich ist. Es ist seltsam, Kategorien von Menschen zu kreieren: solche, die sogenannten legal und solche die sogenannten illegal sind. Es geht um Menschen, die teilweise seit Jahren hier leben, arbeiten und zu unserem Wohlstand beitragen. Sie arbeiten zu Tiefstlöhnen für solche, die nicht darauf angewiesen sind, Menschen auf diese Weise zu behandeln. Trotzdem haben wir das Gefühl, dass es sogenannte illegale Menschen gibt. Unsere Gesetze schaffen verschiedene Kategorien von Menschen und verbieten Regularisierungen. Die Züri City Card ist ein sympathisches Zeichen dafür, dass es nur eine Sorte von Menschen gibt und dass alle hier lebenden Menschen zu unserer Bevölkerung gehören. Selbstverständlich muss der Spielraum abgeklärt werden. Die City Card kann bei Kontrollen wirken und bedeutet viele Vereinfachungen: bei der Anmeldung für die Schule, beim Arzt, bei der Wohnungssuche und vielem Weiteren. Die Sorge, dass sich die Menschen in einer falschen Sicherheit bewegen würden, kann in den Hintergrund gestellt werden, weil gerade diese Menschen stets sehr genau und äusserst vorsichtig durch das Leben gehen müssen. Wenn sie über die City Card informiert werden, kann diese sehr viele Vereinfachungen bieten, bevor die angestrebte Regularisierung erreicht wird. Darum und als Zeichen, das Menschenrecht höher als das Ausländerrecht zu stellen, sagen wir deutlich Ja zur Motion.

Michael Schmid (FDP): *Es gibt keine illegalen Menschen. Aber es gibt illegal anwesende Menschen. Die linke Ratsseite will uns ein absurdes und zynisches Theater aufzwingen. Grosse Begriffe wie das Menschenrecht, Gleichberechtigung und Verantwortung werden dazu verwendet. Es handelt sich aber um einen – untauglichen – Versuch, die Schweizer Rechtsordnung auszuhebeln. Die sogenannten Sans-Papiers, illegal in diesem Land Anwesende, haben nicht vollständig die gleichen Rechte, wie die legal Anwesenden. Sie haben eine fundamental andere Pflicht: aus der Schweiz auszureisen. Mit der geforderten Fake-ID wird höchstens die Illusion einer Gleichberechtigung geschaffen. Denn das Ausländerrecht bleibt materiell in der heutigen Form erhalten. Das vom Stadtrat beauftragte Gutachten musste im Grunde genommen beantworten, wie die Durchsetzung des materiellen Ausländerrechts umgangen werden kann. Darin kommt aber deutlich zum Ausdruck, dass die vorgetragene Intention nicht erreicht werden kann, weil das übergeordnete kantonale und das Bundesrecht nicht missachtet werden können. Das Rechtsgutachten untersuchte die Frage der Zulässigkeit nicht, was in einem weiteren Gutachten stattfinden soll. Aber auch wenn dieses zum Schluss kommen würde, dass eine städtische Behörde berechtigt wäre, allen sogenannten «Einwohner*innen» der Stadt eine Züri City Card auszustellen, kann das in der Praxis nicht funktionieren. Eine Abklärung der Angaben kann nur durch die Überprüfung eines amtlichen Registers erfolgen; wer dort nicht verzeichnet ist, muss verdächtigt werden, sich illegal in der Stadt aufzuhalten. Die Situation der illegal Anwesenden ist ein unhaltbarer Zustand, den wir ändern müssen. Das soll aber einerseits durch das Verlassen des Landes geschehen oder über die bestehende Härtefallregelung, mit der Menschen tatsächlich reguliert werden. Genau das geschah in Genf mit der Operation Papyrus: Einigen wurde das Aufenthaltsrecht eingeräumt, andere Personen wurden ausgeschafft.*

Markus Baumann (GLP): *Die GLP unterstützt ein Postulat, weil wir anerkennen, dass die Verhältnisse und die Situationen heute nicht ideal sind und gelöst werden müssen.*

Wir nehmen uns der Problematik und den an unsere Gesellschaft gestellten Herausforderungen an. Wir sind offen für die Diskussionen und gehen deshalb bei der Ablehnung der Umwandlung in ein Postulat in die Enthaltung. Die Züri City Card schätzen wir aber nicht als zielführend ein. Das Thema muss in der Agenda erhalten bleiben und zielführende Lösungen müssen gefunden werden.

Marcel Tobler (SP): *Die vielen von der rechten Ratsseite genannten formaljuristischen Gründe erinnern an eine Nationalrastdebatte. Der Gedanke der städtischen Politik kam hingegen zu kurz. Als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte politisieren wir für die Stadt Zürich – weder für das Ausländerrecht auf nationaler Ebene noch für die kantonale Ebene. Wir müssen Politik für die Stadt machen. Menschen leben hier unabhängig vom nationalen oder kantonalen Gesetz. Sie haben Rechte, die wir schützen müssen. Es geht dabei nicht nur um die Sans-Papiers, sondern um uns alle – unabhängig von der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Alters. Wir alle leben hier miteinander und zusammen. Die Züri City Card ist ein Ausdruck eines Gesellschaftsgefühls und des Stadtbürgertums. Ein urbanes Denken ist notwendig; ein Denken der Menschen, die in einer Stadt leben und sie gestalten.*

Përparim Avdili (FDP): *Die Züri City Card mag sympathisch wirken. In der Realität werden aber nur diese Menschen die Karte vorweisen, die keinen anderen Ausweis besitzen. Somit werden die Sans-Papiers den Gefahren ausgesetzt, die wir und die Motionäre nicht wünschen: Die City Card kann den Sans-Papiers nicht helfen, da sie bei einer Kontrolle den Verdacht auslöst, dass kein Aufenthaltsrecht vorhanden ist. Mit dem Stadtausweis werden falsche Hoffnungen, unnötige Kosten und zusätzliche Probleme geschaffen. Betrachtet man die Argumente der linken Ratsseite und der SVP muss festgestellt werden, dass die Wahrheit in der Mitte liegt. Es gibt Menschen, die ihre Situation als Sans-Papier ausnutzen, hier schwarzarbeiten und unentdeckt bleiben wollen. Es gibt aber auch Menschen, bei denen ein Härtefall nachgewiesen werden kann. Dafür bestehen aber bereits die geltenden Rechte, die einen geregelten Aufenthalt ermöglichen. Von der linken Seite wird eine Nationalisierung auf lokaler Ebene geschaffen, obwohl die linke Ideologie Nationalitäten ablehnt – mit der Züri City Card wird kommunale Nationalität und Identität geschaffen. Das geschieht aber nur, weil hier die politische Mehrheit gesichert ist. Genf dient als Beispiel, wie das Problem gelöst werden kann. Mit der Operation Papyrus wurde regularisiert und legalisiert – aber auch ausgeschaffen. Hier wird aber gefordert, dass alle legalisiert werden, was nicht einer Lösung entspricht.*

Andreas Egli (FDP): *Von Samuel Balsiger (SVP) wurden die Sans-Papiers quasi als Parasiten dargestellt. Auf der linken Seite wurde geltend gemacht, dass sich alle Sans-Papiers in unglaublich prekären Verhältnissen befinden. Beides kommt vor und beides ist nicht zu akzeptieren. Letztlich handelt es sich um Personen, die sich ohne rechtmässigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz befinden. Das will geändert werden. Die Regeln des Ausländergesetzes, dem eine grosse Mehrheit der Bevölkerung zustimmte, sehen Voraussetzungen für wirtschaftspolitische oder humanitäre Gründe vor, mit denen sich jemand von aussen in der Schweiz aufhalten kann. Wer das ablehnt, muss auf Bundesebene eine entsprechende Volksinitiative einreichen und versuchen, die Mehrheit der Bevölkerung dafür zu gewinnen. Das Problem lässt sich auch nicht mit einer Annahme*

des Vorstosses als Postulat lösen. Wenn eine deutliche gesetzliche Regelung gewünscht wird, handelt es sich letztlich um ein Umgehen des Bundesrechts. Auch in diesem Fall müsste ein entsprechender Vorstoss auf Bundesebene eingereicht werden. Wir sehen das Problem der Sans-Papiers und sind zum Dialog bereit, wie wir in Genf bewiesen haben. Unter gewissen Voraussetzungen sind wir auch zu einem Dialog über eine pauschale Amnestie bereit; gelegentlich zu versuchen, die Realität zu legalisieren, macht Sinn. Im Steuerrecht besteht ein solcher Fall, in dem wir die Steueramnestie vorsehen. Dafür müssen jedoch die Rahmenbedingungen der Ausnahmeregelung diskutiert werden. Für mich bedeutet das in diesem Fall, dass die Personen, die die Sans-Papiers ausnutzten und beispielsweise Sozialabgaben nicht bezahlen, rückwirkend in Verantwortung gezogen werden müssen. Eine solche Regelung darf keinesfalls Anreiz bieten, illegal in die Schweiz einzureisen und den Sans-Papiers-Status mit der Züri City Card auszunutzen. Der Stadtausweis löst kein Problem, sondern ist ein teurer, vom Steuerzahler finanzierter Wahl- und Politklamauk.

Alan David Sangines (SP): Ich bin von der Argumentation der FDP enttäuscht. So wurde beispielsweise bemängelt, dass eine Identität der Sans-Papiers nicht nachgewiesen werden kann, obwohl das in der Vorstellung der Motion erklärt wurde. Auch wurde argumentiert, dass die Probleme nicht gelöst werden. Niemand von uns hat das jedoch behauptet. Unser Argument ist nicht, dass die Sans-Papiers alles arme Leute sind. Sie leben aber oftmals in prekären Situationen und können ihre Rechte nicht einfordern. Wenn beispielsweise eine Ehefrau häusliche Gewalt erleidet kann sie nicht bei der Polizei Anzeige erstatten oder eine Beratung in Anspruch nehmen, weil ihr der ausländerrechtliche Status zum Verhängnis werden kann. Solche Situationen wollen wir mit einer City Card vermeiden. Dadurch wird die Regularisierung nicht überflüssig; wir halten sie nach wie vor für den richtigen Weg. Falsche Hoffnungen sollen nicht geweckt werden. Darum benötigen wir eine Motion mit einer Verordnung, die festhält, wofür die City Card verwendet werden kann und mit welchen Informationen sie abgegeben wird. Im Gutachten wird festgehalten, dass die Zürich City Card keinen Anfangsverdacht bei der Polizei auslöst. Im Jahr 2017 regularisierte der Kanton Genf 544 Menschen; der Kanton Waadt 35, der Kanton Bern 8 und der Kanton Zürich lediglich 2, was angesichts der 14 000 Sans-Papiers schockierend ist. Wir wollen diesen Menschen einen gewissen Schutz ermöglichen und ihre Grundrechte garantieren, damit sie hier in Sicherheit leben können.

Markus Kunz (Grüne): Die Unterstellung, dass wir etwas aufzwingen wollen, weise ich deutlich ab. Wir können die Schweizer Rechtsordnung nicht aushebeln und wollen das auch nicht. Der Rechtsstaat gehört zur Demokratie und ist mit ihr verknüpft. In diesem Fall reicht er jedoch nicht vollständig aus, da neben dem Ausschaffen keine Problemlösung angeboten werden kann. Sans-Papiers sind aber oft Menschen, die sonst nirgendwo hin gehen können. Bei der Züri City Card handelt sich also nicht um eine Illusion und auch nicht um eine endgültige Lösung. Es handelt sich um ein wichtiges Zeichen des Zusammengehörigkeitsgefühls in einem Gemeinwesen, in dem wir nicht nur das Einhalten der Regeln überprüfen wollen, sondern auch Sozialkapital aufbauen wollen. Kein Mensch ist illegal. Illegalität wird durch staatliche Systeme hergestellt. Wir leben in einem System, in dem sich viele einrichten konnten. Vermutlich gibt es auf der Seite der

13 / 13

Bürgerinnen und Bürger Menschen, die gut mit dieser Situation leben können und die sich das Recht nehmen, Sans-Papiers auszubeuten. Die City Card bedeutet einen ersten Schritt aus diesen Schützengräben hinaus. Mit einem Ja verliert auch die bürgerliche Seite nichts.

Dubravko Sinovcic (SVP): *Die linke Tränendrüsenpolitik stilisiert Leute, die Täter sind und gegen das Gesetz verstossen, zu Opfern. Das ist der falsche Weg und kommt einem Schlag ins Gesicht aller rechtschaffener Bürger, Migranten und Secondos gleich. Auf unserer Ratsseite sitzen viele mit einem Migrationshintergrund, die diese linke Politik anprangern. Illegale Arbeit, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit wird als Beitrag zu unserem System beschrieben. Ich bin aber der Meinung, dass Sans-Papiers damit keinen Beitrag leisten. Sie leben hier ohne Aufenthaltsrecht. Die einzige Lösung ist ihre konsequente Ausschaffung.*

Samuel Balsiger (SVP): *Palermo wurde als positives Beispiel angesprochen. Nachdem die Stadt Jahrzehnte lang in der Hand der Mafia war, sind dort viele Einheimische sehr arm, die Jugendarbeitslosigkeit ist enorm, Gewalt und Kriminalität sind weit verbreitet. Das zweite positive Beispiel war der Genfer Stadtrat Pierre Maudet, der die illegal Eingereisten legalisierte. Wegen Vorteilsnahme im Jahr 2015 will nun die Genfer Staatsanwaltschaft gegen ihn ermitteln und er wurde vom politischen Etablissement entmacht. Dass diese Beispiele zum Schutz des Rechtsstaats genannt wurden, ist bedenklich. Es mag ein Zufall sein, dass die meisten von uns in der Schweiz geboren wurden. Es ist jedoch kein Zufall, dass hier Wohlstand herrscht. Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt, was auf den politischen Entscheidungen der früheren Generationen fusst. Diese entsprechen nicht der linken Politik. Ich möchte die bürgerliche Politik, die zu unserem Wohlstand führte, schützen und der nächsten Generation weitergeben. Die linke Politik steht für Zerfall, für die Auflösung des Rechtsstaats und für das Barbarentum – mit der Legalisierung der Sans-Papiers wird unser Rechtsstaat aufgelöst. Stellen Sie sich vor, die FDP will Steuerbetrüger legalisieren. Dann argumentieren sie schliesslich auch, dass das illegal ist und gegen die Gesetze verstösst.*

Die Dringliche Motion wird mit 64 gegen 41 Stimmen (bei 12 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat